

Gruppe Schweiz ohne Armee | Ziviler Friedensdienst

[Home](#)

[Initiativen](#)

- [Schweiz ohne Armee](#)
 - [Argumente](#)
 - [Initiativtext](#)
- [Ziviler Friedensdienst](#)
- [Stimmen zu den Initiativen](#)

[Hilfe für Soldaten](#)

[Über uns](#)

[Publikationen](#)

[Material](#)

[Archiv / Hintergrund](#)

[Links](#)

[Nach oben](#)

Für eine Schweiz ohne Armee

Hier finden Sie die wichtigsten **Argumente** für eine Schweiz ohne Armee, sowie den vollständigen **Initiativtext**.

Wenn sie die Abstimmungskampagne unterstützen wollen, finden sie hier ein **Materialbestellformular**

Argumente für eine Schweiz ohne Armee

1. **Arbeitsplätze** - Brauchen wir die Armee als Arbeitgeberin?
2. **Bedrohung** - Gegen wen oder was will uns die Armee heute schützen?
3. **Friedensmissionen** - Soll sich die Schweiz an «friedenserhaltende Einsätze» beteiligen?
4. **Geld** - Wird die Armee bald gratis?
5. **Interventionismus** - Garantiert die Nato den Weltfrieden?
6. **Katastrophenhilfe** - Ist die Armee eine Hilfe bei Katastrophen?
7. **Männlichkeitswahn** - Kein richtiger Mann ohne Rekrutenschule?
8. **Ordnungsdienst** - Soll die Armee für die «innere Sicherheit» der Schweiz sorgen?
9. **Partnerschaft** - Wann tritt die Schweizer Armee der Nato bei?
10. **Reformen** - Schafft sich die «heilige Kuh» am Ende von alleine ab?
11. **Sicherheit** - Trägt die Armee zu unserer Sicherheit bei?
12. **Wirtschaftsstandort** - Sichert die Armee den Wirtschaftsstandort/ Schweiz?



Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

> Arbeitsplätze <

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Arbeitsplätze

Brauchen wir die Armee als Arbeitgeberin?

Militärische Arbeitsplätze sind die teuersten und unproduktivsten überhaupt: Die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Armee werden 1998 ungefähr 10 Milliarden Franken betragen. Die gegenwärtig noch 28'000 armeeabhängigen Arbeitsplätze (1990: 40'000) ihrerseits produzieren nichts, was der Schweizer Wirtschaft wieder auf die Beine helfen könnte. Für dieses Geld liessen sich zivile Stellen zuhauf schaffen: Allein von dem im Frühling 1997 beschlossenen 561 Millionen-Investitionsprogramm zugunsten der Bauwirtschaft erwartet der Bund ungefähr 24'000 neue Arbeitsplätze.

Nach Annahme der Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» durch Volk und Stände könnte ein Grossteil der von Bund und Kantonen im Bereich der Landesverteidigung Beschäftigten ihre Arbeit behalten, müssten doch Materialbestände, Waffen, Fahrzeuge, militärische Bauten etc. einer zivilen Nutzung zugeführt bzw. umweltgerecht entsorgt werden. Auch die Beseitigung der militärischen Umweltbelastungen und die Umnutzung des riesigen VBS-Landbesitzes würde Jahre beanspruchen. Setzt der Bund zudem einen Teil der eingesparten Armee-Milliarden während einiger Jahre für wirtschaftsstimulierende Investitionsprogramme und Konversionsbemühungen in den betroffenen Betrieben ein, werden neue, zivile Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen.

Die Privatwirtschaft und die eidgenössischen Rüstungsbetriebe versuchen heute schon, militärabhängige Arbeitsplätze in zivile umzuwandeln: Kühlschränke werden entsorgt, Kupplungsscheiben für Autos oder Airbus-Komponenten produziert, Batterien wiederverwertet und anderes mehr. Die Pilatus-Werke in Stans wollen den Umsatzanteil von zivilen Produkten von heute 25 Prozent auf mindestens die Hälfte steigern. Solche Anstrengungen verdienen Unterstützung. Die Initiative verlangt daher ausdrücklich: «Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er unterstützt betroffene Beschäftigte und Regionen.»

Die öffentlichen Kassen können es sich nicht länger leisten, private Firmen zu subventionieren, die überbeuerte und für den zivilen Markt uninteressante Produkte herstellen. Die Privatwirtschaft ihrerseits würde mit der Abschaffung der Armee jährlich um mehrere Milliarden Franken entlastet, müsste sie doch nicht mehr für Erwerbsausfälle, Produktivitätsverluste, Pflichtlagerhaltungskosten etc. aufkommen. Selbst die Banken haben erkannt, dass die Armee auch wirtschaftlich unsinnig ist. In einem Bericht der Bankiervereinigung aus dem Jahr 1994 heisst es schwarz auf weiss: «Die These, dass das Militär Arbeitsplätze schafft oder erhält, ist volkswirtschaftlich nicht stichhaltig. Mit einem anderweitigen Einsatz dieser Mittel könnten sehr viel effizienter Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden.»

Für einen Bruchteil der Militärausgaben könnte ein Vielfaches an zivilen Stellen geschaffen werden. Die Umwandlung von militärischen in zivile Arbeitsplätze ist mit politischem Willen und staatlicher Unterstützung sehr wohl möglich.

© 1998 by GSoA; Gruppe Schweiz ohne Armee
gsoa@gsoa.ch, <http://www.gsoa.ch/>

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

> Bedrohung <

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Bedrohungen

Gegen wen oder was will uns die Armee heute schützen?

Die Schweiz ist militärisch nicht mehr bedroht – heute nicht, morgen nicht und übermorgen auch nicht. Niemand bestreitet es: Ein Korpskommandant und Chef des Heeres erklärt, die Schweizer Armee sei «natürlich nicht mehr kriegstauglich» und müsse dies «auch nicht mehr sein». Der Bundesrat bestätigt hochhoffiziell, «die Fähigkeit der Armee, Krieg zu führen und das Land gegen Angriffe von aussen zu verteidigen» stehe nicht mehr «im Vordergrund». Selbst Verteidigungsminister Ogi muss zugeben: «Für Mitteleuropa ist weit und breit kein Feind in Sicht.»

Von Freunden umzingelt und ihres lieben bösen Feindes beraubt, ist die Armee in eine tiefe Sinnkrise gefallen. Ihr Motto lautet daher: alles vorschlagen, was in Zukunft als Geschäftsgrundlage dienen könnte – und das mit allen möglichen Begründungen. Dafür ist ihr keine Bedrohungsphantasie zu schade.

Die von Ogi eingesetzte «Studienkommission für strategische Fragen» hat in ihrem im Februar 1998 erschienenen Bericht das neue Gruselkabinett der Bedrohungen ausgebreitet: Naturkatastrophen, Freisetzung hochtoxischer Stoffe oder Krankheitserreger, mafiose Organisationen, kriminelle Banden, Waffen- und Drogenhandel, Prostitution, Menschenhandel und Verschleppung, Geldwäscherei, Schutzgelderpressung, Korruption, wirtschaftliche Druckversuche, Handelshemmnisse, politische und moralische Einschüchterung, Boykotte, Erpressung, Sabotage, Terrorismus, extremistische Randgruppen, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Atomkoffer, Raketenangriffe, unkontrollierte Migrationsbewegungen, übersteigerte Nationalismen, religiöse Fundamentalismen, militante ausländische Gruppierungen, illegales Abhören, Spionage, Einschleusen falscher Informationen, Störung von Informatiksystemen ... Es stellt sich die Frage, wogegen die Armee eigentlich nicht helfen soll.

Wohin wird dies führen? Der Militärstratege und Divisionär Gustav Däniker hat es vor zehn Jahren vorausgesagt: Wenn alles und jedes unter Sicherheitspolitik eingestuft werde, könne man sich «letztlich bei jedem Geschäft auf das hehre Ziel der Selbstbehauptung berufen». Das hätte aber, so Däniker damals, eine «Militarisierung unserer Gesellschaft» zur Folge, ja sogar «die Gefahr eines latenten Totalitarismus».

Die Schweiz ist militärisch nicht mehr bedroht. Die Armee stellt sich daher als Retterin gegen alle möglichen und unmöglichen Gefahren dar. Das aber droht zu einer Militarisierung unserer Gesellschaft zu führen.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

> Friedensmissionen <

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Friedensmissionen

Soll sich die Schweiz an «friedenserhaltende Einsätze» beteiligen?

Bewaffnete Interventionen lösen keinen Konflikt. Aber «friedenserhaltende Einsätze» (Peace-Keeping) multinationaler Einheiten können unter gewissen Bedingungen helfen, gewalttätige Auseinandersetzungen zu stoppen: Erstens dürfen sie nicht Ausdruck nationalstaatlicher Interessenpolitik sein, sondern müssen auf der Basis internationalen Rechts erfolgen; zweitens müssen sie im Rahmen eines breit abgestützten, politischen Friedensplans stattfinden, mit anderen Worten: möglichst in Absprache mit den Konfliktparteien erfolgen.

In Einzelfällen erzielte die Uno mit diesem Konzept gewisse Erfolge. Zum Beispiel in El Salvador: Dort stabilisierte eine schwergewichtig zivile Uno-Mission seit Juli 1991 einen komplizierten Friedensprozess nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg – mit nur 300 leichtbewaffneten Polizeikräften und bei bescheidenen jährlichen Kosten von 24 Millionen US-Dollars.

Solche Ansätze internationaler Krisenpolitik soll auch die Schweiz stärken. Dafür braucht es aber auf absehbare Zeit kein «Schweizer Solidaritätskorps», denn an solchen «Friedensbataillonen» besteht nach einhelliger Expertenmeinung ein Überangebot. Woran es hingegen fehlt, ist der politische Wille, an einer fairen internationalen Rechtsordnung zu arbeiten und dieser die nötigen Instrumente zur Verfügung zu stellen. Die Weigerung ehemaliger hoher französischer Unprofur-Offiziere vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal nur schon als Zeugen auszusagen, ist der jüngste Schlag gegen solche Bemühungen.

Die GSoA fordert keine bewaffneten Interventionen. Gleichzeitig wollen wir auch nicht für alle Zeiten, dass eine demokratischere Uno Zwangsmittel für die Durchsetzung allgemein anerkannter Grundrechte erhält.

© 1998 by GSoA; Gruppe Schweiz ohne Armee
gsoa@gsoa.ch, <http://www.gsoa.ch/>

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

> Geld <

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Geld

Wird die Armee bald gratis?

Angesichts von Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamtbudget von Bund, Kantonen und Gemeinden von 7,7 Prozent im Jahr 1990 auf 5,6 Prozent im Jahr 1995 gesunken. Die Ressourcenverschleuderung bleibt enorm: Von 1990 (6,9 Milliarden) bis 1997 (6,2 Milliarden) berappten die SteuerzahlerInnen mehr als 53 Milliarden Franken für die Landesverteidigung.

Die 6 Milliarden, die wir auch 1998 ungeachtet aller Kürzungen für die Landesverteidigung ausgeben werden, machen nicht einmal zwei Drittel aller Verteidigungskosten aus. Denn zusätzlich schlagen die sogenannten «indirekten Kosten» zu Buche - im Jahr 1998 machen sie gut 4 Milliarden Franken aus. Die Wirtschaft als Ganzes muss für den Erwerbsausfall der Wehrmänner, die mit ihrer Absenz verbundenen Anpassungskosten am Arbeitsplatz, die Kosten der Pflichtlagerhaltung, einen Teil der Landwirtschaftssubventionen, die militärische Bodennutzung und die privaten Zivilschutzbauten aufkommen. 1996 verursachten 7 Millionen geleistete Dienstage ungedeckte Lohnausfälle in der Höhe von anderthalb Milliarden Franken. Zwischen 1990 und 1997 kostete die Landesverteidigung die Wirtschaft insgesamt 45 Milliarden Franken: ein schwerwiegendes Handicap für die Konkurrenzfähigkeit der Privatwirtschaft. Die Umweltschäden und die sogenannten «Opportunitätskosten» für die vielen Millionen Stunden verlorener Freizeit sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Nach einhelliger Expertenmeinung käme eine bestandesmässig reduzierte Profi-Armee die öffentlichen Kassen ebenso teuer zu stehen. Eine Berufsarmee würde aber weniger indirekte Kosten verursachen. Daher interessiert sich die Wirtschaft immer mehr für diese Variante: Auch bei der Landesverteidigung möchte man die Kosten sozialisieren und den «Nutzen» privatisieren. Auch die jüngste, im Februar 1998 angekündigte Bestandesreduktion von 10 Prozent (auf 360'000 Soldaten) passt gut in dieses Bild. Das VBS hofft damit 20 Millionen Franken, also nicht einmal ein halbes Prozent seines Budgets, einzusparen. Für die Wirtschaft würden demgegenüber 200 Millionen Franken herauspringen.

Auch wenn das dauernde Gejammer aus Armeekreisen einen anderen Eindruck erweckt: Die Landesverteidigung ist bald zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges immer noch eine unverschämt teure Angelegenheit.

© 1998 by GSoA; Gruppe Schweiz ohne Armee
gsoa@gsoa.ch, <http://www.gsoa.ch/>

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

> Interventionismus <

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Interventionismus

Garantiert die Nato den Weltfrieden?

Als sich nach dem Ende des Kalten Krieges der Warschauer Pakt auflöste, hätte auch die Nato abtreten können. Sie tat es nicht, ganz im Gegenteil: Mit dem Programm Partnership for Peace (PfP) schuf sie den nötigen Rahmen für ihre Erweiterung und militärische Neuausrichtung.

Die Nato hat sich innert wenigen Jahren von einem Abschreckungs- zu einem Interventionsbündnis gewandelt. Im Rahmen der Nato stimmen sich die Mitgliedstaaten aufeinander ab, wenn es darum geht, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen im Konfliktfall durchzusetzen. Bill Clinton sagt es ganz offen: Die «Verteidigung des ökonomischen Wohlstandes» könne die «einseitige und entscheidende Anwendung militärischer Gewalt» nötig machen. Das lässt man sich gerne etwas kosten: Nach Angaben des US-Kongresses wird allein die Nato-Erweiterung auf die drei Länder Polen, Tschechien und Ungarn in den nächsten Jahren zwischen 61 und 125 Milliarden US-Dollar verschlingen.

Für die Weltöffentlichkeit benutzt man schönere Worte. Laut einem internen Dokument des Nato-Militärausschusses vom Herbst 1993 sollten alle militärischen Operationen künftig unter der Überschrift «Friedensunterstützung» (peace support) durchgeführt werden. Allenthalben werden «Friedensbataillone» aus dem Boden gestampft, und die multinationalen Truppenverbände der Westeuropäischen Union sollen den Interventionen den gewünschten «europäischen» Anstrich geben.

Das Gerede von «Solidarität», «Kooperation» und «kollektivem Sicherheitssystem» macht aus einer waffenstarrten Militärallianz noch keine Friedensbewegung. Wer nicht um jeden Preis will, dass auch Schweizer Soldaten bei der nächsten Nato-Operation in die CNN-Kameras lächeln, wird dies leicht begreifen – sogar ein gestandener Offizier und ausgewiesener Armee-Fan wie Christoph Blocher: «Die Aussage, die Schweiz könne doch nicht einem Bündnis fernbleiben, das als Ziel den Frieden habe, ist naiv. Haben Mitglieder eines Militärbündnisses je erklärt, sie verfolgten andere Ziele als den Frieden?»

Mit «Frieden» hat die Nato nichts am Hut. Die schönen Worte sollen schlicht die Durchsetzung politischer und ökonomischer Interessen mit militärischen Mitteln wieder salonfähig machen.

© 1998 by GSoA; Gruppe Schweiz ohne Armee
gsoa@gsoa.ch, <http://www.gsoa.ch/>

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

> Katastrophenhilfe <

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Katastrophenhilfe

Ist die Armee eine Hilfe bei Katastrophen?

Als weltweit teuerste Putz-Equipe hätte die Schweizer Armee schon lange einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde verdient. Die Militärs wissen nämlich nicht erst seit gestern, wie man Dreck schaufelnde Soldaten für die Imagepflege einsetzt. Etwas anderes haben sie aber offenbar vergessen: Dass auch Soldaten eine Schaufel in die Hand nehmen können, ist keine Rechtfertigung für die Existenz von Armeen.

Ein Gedächtnisverlust jüngeren Datums: Nach den verheerenden Überschwemmungen in der Innerschweiz im Jahr 1987 stellte der damalige Divisionär Alfred Stutz noch fest: «Man versuche doch nicht, mit einigen Kompanien und Bataillonen, die sich bei der Schadensminderung bewährten, die Notwendigkeit einer zahlenmässig dreihundertmal stärkeren Armee zu belegen.» Man könne nämlich zu Recht einwenden, so Stutz weiter, dass «ein bis zwei spezialisierte, permanente, unbewaffnete Katastrophenhilfebataillone doch viel effizienter sind».

Auch heute ist die Katastrophenhilfe der Schweizer Armee in erster Linie eine Alibiübung. Im Jahr 1996 wurden insgesamt 2'300 Manntage der Armee für Katastrophenhilfe aufgewendet. Das sind ganze 0,03 Prozent der 1996 insgesamt geleisteten 7 Millionen Manntage. Der Langjahresdurchschnitt liegt unter einem halben Prozent.

Die Armee als Katastrophenhelferin nimmt den dafür vorgesehenen zivilen Strukturen die nötigen Mittel weg. Daher erstaunt es nicht, dass beispielsweise die französischen Feuerwehrleute scharf gegen die Katastrophenübung protestierten, welche französische und schweizerische Soldaten im Oktober 1997 in der Haute-Savoie durchführten. Auch die Profi-Organisation des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps, das bei internationalen Hilfe-Einsätzen gute Arbeit leistet, muss sich düpiert vorkommen. Und bei der jüngsten Unwetterkatastrophe in Sachseln standen die eingesetzten Trainsoldaten in direkter Konkurrenz zum einheimischen Transport- und Baugewerbe, welches besser ausgerüstet und zudem froh um die Aufträge gewesen wäre.

Die Initiative «für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» trägt dieser Realität Rechnung: Sie verlangt, dass die zivilen Aufgaben, mit denen sich die Armee gerne profilieren würde, von dafür geeigneten zivilen Behörden übernommen wird.

Es gibt genügend Alternativen zur militärischen Katastrophenhilfe. Auf der Jagd nach einem Stückchen Legitimität für ihren sinnlosen Militärapparat verschleudert die Armee bloss Steuergelder. Feuerwehren, Katastrophenhilfekorps und andere zivile Einrichtungen können dieselben Aufgaben effizienter erfüllen.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

> Männlichkeitswahn <

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Männlichkeitswahn

Kein richtiger Mann ohne Rekrutenschule?

In der Armee wird jungen Menschen beigebracht, was es braucht, um ein Mann zu sein: Kraft, Härte, Ehre, Gehorsam, Disziplin. Emotionen, die sich nicht ohne weiteres in aggressives Handeln umsetzen lassen, sind bei der Armee unerwünscht - sie gelten als «weiblich». Als «männlich» gilt, wer Einfühlungsvermögen, Angst, Trauer und Nähebedürfnisse unterdrückt. Gefühlskälte wird mit Heldenmut gleichgesetzt.

Aus der Sicht der Armee sind also die Frauen für Gefühle zuständig. Und weil Gefühle dem Kriegshandwerk abträglich sind, weil sie die hierarchische Ordnung stören und sogar zu eigenverantwortlichem Handeln können, wird den Soldaten nicht nur beigebracht, sich zu unterwerfen: Soldaten lernen auch, Frauen auszugrenzen und abzuwerten. Dies wird in einer Vielzahl von Ritualen eingeübt: mit sexistischen Witzen, systematischer Diskriminierung von Homosexualität, mit männlichem Führertum und Kameradschaft oder mit der Sexualisierung von Waffen. Die Kaserne, welche die jungen Männer auch physisch von ihrem normalen sozialen Kontakten und insbesondere von allen Frauen trennt, bietet dafür das geeignete Umfeld. Sexistische Gewalt fällt leicht, wenn man sich durch eine Uniform geschützt weiss. Die Skandale um frauenverachtende T-Shirts in Militär und Schiessübungen auf Papp-Bilder von nackten Frauen, welche die Schweizer Armee immer wieder in die Schlagzeilen bringen, belegen dies.

Die Armee behauptet, dass sie Frauen beschützt. Wer aber Frauen als wehrlose Wesen betrachtet, sieht in ihnen rasch die zu erobernden Subjekte. Sie werden selbst zum Schlachtfeld, auf dem der männliche Gegner gedemütigt wird. Massenhafte Vergewaltigung durch Soldaten und paramilitärische Gruppen sind daher ein typisches Merkmal eines jeden Krieges. Doch das Leben von Frauen ist nicht erst durch feindliche Soldaten bedroht. Wenn Gewalttätigkeit zum Bestandteil männlicher Identität wird, wirkt sich diese auch im Alltag aus: Ein Bericht der US-Regierung hat den Zusammenhang zwischen «häuslicher Gewalt» und der früheren oder gegenwärtigen Zugehörigkeit zur US-Armee bestätigt.

Während die Armee weiter hochgerüstet wird, fehlen Gelder im sozialen Bereich, zum Beispiel für eine Mutterschaftsversicherung. Wirtschaftliche Unabhängigkeit leistet aber wirklich etwas für die Sicherheit von Frauen. Ein militärischer Sicherheitsbegriff trägt den alltäglichen Bedrohungen der Frauen nicht Rechnung.

In der Armee wird kollektive Männergewalt eingeübt und organisiert. Die Abschaffung der Armee trägt deshalb zu einem herrschafts- und gewaltfreien Verhältnis zwischen Frauen und Männern bei.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

> Ordnungsdienst <

[Partnerschaft]

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Ordnungsdienst

Soll die Armee für die «innere Sicherheit» der Schweiz sorgen?

In einer neuen Verordnung hat der Bundesrat 1997 die Kompetenzen der Armee für innere «Ordnungseinsätze» vergrößert. Verschiedene Truppenteile wurden mit entsprechendem Material - von Tränengasgranaten über Schlagstöcke bis hin zu Handschellen - ausgerüstet. Bei den sogenannten «Territorialregimentern» gehört die Ausbildung für Polizeieinsätze zur Routine. Entsprechende Übungsszenarien, etwa gegen demonstrierende Arbeitslose oder Bauern, sorgen für Aufsehen.

Wer politische Auseinandersetzungen mit Repression unterdrückt, spielt mit dem Feuer. In Westeuropa zeigt sich dies an den Beispielen Baskenland und Nord-Irland. Die Militarisierung dieser Konfliktzonen behindert eine Verhandlungslösung.

Die Umwandlung der Landesverteidigungsarmee in eine Mächtetern-Polizei ist nicht nur aus rechtsstaatlicher Perspektive gefährlich, sie ist auch völlig unnötig. Wegen der föderalen Strukturen unseres Landes besteht nach Aussage des Kommandanten der Kantonspolizei Zürich, Peter Grütter, ein «Überangebot» an polizeilichen Repressionskräften. In der Schweiz sind 14'000 voll ausgebildete Polizeibeamte tätig; davon können 7500 für den Ordnungsdienst eingesetzt werden und 800 wiederum sind sogenannte «Antiterrorspezialisten» - das sind doppelt so viel wie in Österreich und mehr als halb so viel wie in Deutschland. In der Schweiz, so Grütter, sei «die Zivilpolizei aus diesem Grund nicht auf die Unterstützung von Territorial-Grenadieren angewiesen». Polizei-Kreise lehnen den Einsatz von halbausgebildeten Miliz-Soldaten bei heiklen polizeilichen Aufgaben grundsätzlich ab.

Der Eifer, mit dem die Armee in Ermangelung anderer Tätigkeitsfelder auch in polizeiliche Aufgaben vorstösst, kontrastiert auffällig mit den Budgetproblemen der zivilen Polizeikorps. Bei der Kantonspolizei Zürich sollen rund 100 Stellen abgebaut werden. Und während das VBS mit einigen Soldaten des Festungswachtkorps an den Tessiner Grenzen Imagepflege betreibt, hat das Grenzwachtkorps des Eidg. Zollamtes seit 1965 etwa einen Zehntel seiner Stellenprozente verloren.

Weil die Armee selber nicht mehr an die Landesverteidigung glaubt, will sie immer mehr Funktionen von Polizei und Grenzschutz übernehmen. Dies ist rechtsstaatlich bedenklich und sachlich unbegründet.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

> Partnerschaft <

[Reformen]

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Partnerschaft

Wann tritt die Schweizer Armee der Nato bei?

Dank der Beteiligung an der Nato-«Partnerschaft für den Frieden» habe die Schweiz den aussenpolitischen «Durchbruch» geschafft, behauptet Verteidigungsminister Adolf Ogi. Das tönt gut – aber wohin eigentlich soll die Schweiz da durchbrechen?

Noch konzentriert sich die Zusammenarbeit des VBS mit der Nato vor allem auf den Ausbildungsbereich. Doch die weitere Annäherung ist längst beschlossene Sache. Adolf Ogis «Studienkommission für strategische Fragen» beispielsweise fordert eine enge «Assoziation» mit dem atlantischen Bündnis. Armeereformer wie Ex-Ständerat Otto Schoch (FDP) reden von einem baldigen Beitritt. Und die Weltwoche lässt einen «britischen Wöhrexperten» schon vorrechnen, was die Schweiz als «Vollmitglied einer europäischen Verteidigungsallianz» so bieten müsste: «eine etwa 20'000 bis 25'000 Mann starke Profi-Armee, welche Polizeikräfte in einem internationalen Notfall zu unterstützen hätte» zum Preis von «etwa 2,5 Milliarden Franken jährlich». Ein 300'000 Mann starkes Milizheer dürften wir uns noch nebenbei leisten. Man dankt.

Sogar der ehemalige Chef-Denker des bewaffneten Alleinganges, Divisionär a.D. Gustav Däniker, hat inzwischen «die sogenannte Autonome Verteidigungsfähigkeit» als «schweizerische Lebenslüge» verabschiedet. In einer ersten Reaktion auf den «Bericht Brunner» verlangt er «volles Engagement» bei der «internationalen militärischen Kooperation». Als geradliniger Militär bietet Däniker wenigstens Klarheit. Er kritisiert die Kommission, weil diese nicht offen sagt, was mit dem geforderten «Solidaritätskorps» wirklich gemeint ist: «Es geht hier nicht um Solidarität, wie zu Recht in humanitären Anliegen, sondern um die kraftvolle Umsetzung eines festen Willens, unsere ureigenen Interessen wahrzunehmen.»

Alles nur heisse Luft? Nein, auch die konkreten Rüstungsvorhaben zielen immer unverblümt auf eine Beteiligung an Nato-Militärinterventionen. Im Hinblick auf solche Auslandseinsätze prüft das VBS den Kauf von Langstrecken-Transportflugzeugen des Typs «Hercules», die bei Nato-Operationen wie denjenigen auf dem Balkan unabdingbar sind – Stückpreis: 50 Millionen Franken. Doch damit nicht genug: 1993 pries der damalige Verteidigungsminister Kaspar Villiger die umstrittenen Kampfflugzeuge vom Typ F/A-18 vor hellebardenschwingenden Armee-Nostalgikern als helvetischen «Luftschirm» an. Nun aber werden die jeweils 100 Millionen Franken teuren «Hornissen» für den Einsatz auf Flugzeugträgern ausgerüstet. Zwei Schweizer Berufspiloten haben in den USA bereits das Brevet für entsprechende Kampfeinsätze erworben.

Wen wundert's? Die Armee ist nur zu retten, wenn ihr – wie die NZZ schreibt – die «Kooperation mit der Nato» eine «tragfähige Legitimationsbasis» verschafft. Ansonsten bewege sie sich «in einem luftleeren Raum» – wo sie auch hingehört.

Wenn Bundesrat Ogi und die Armeespitze ihren Willen durchsetzen, ist der Nato-Beitritt der Schweiz nur noch eine Frage der Zeit. Mit einer politischen «Öffnung» der Schweiz hat das allerdings gar nichts zu tun. Die arbeitslos gewordenen Gesamtverteidiger treten lediglich die Flucht nach vorne an.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

> Reformen <

[Sicherheit]

[Wirtschaftsstandort]

Reformen

Schafft sich die «heilige Kuh» am Ende von alleine ab?

50 Jahre lang verharrte die Schweizer Armee unbeweglich im Alpen-Reduit. Dort verteidigte sie das Heiligenbildchen von der Schweiz als glücklicher Insel in einem bedrohlichen Umfeld. Aber auch Heiligen-Kitsch währt nicht ewig. Seit 1989 werden die Armeebestände umstrukturiert, eine sicherheitspolitische Leitlinie jagt die andere, und nach der «Armee 95» ist jetzt die Armee «200X» im Gespräch.

Worum geht es dabei? Nachdem der alte Verteidigungs-Mythos wertlos geworden ist, sind neue Legitimationen gefragt. Für alle möglichen zivilen Aufgaben im In- und Ausland soll man die Armee nun plötzlich einsetzen können. Dafür muss sie ein wenig schlanker, flexibler, professioneller und internationaler auftreten – keine heilige Kuh mehr, sondern eine scheinheilige.

Jetzt, wo es um ihr Überleben geht, greift die Armee nach jedem Strohalm. Der neueste «sicherheitspolitische» Bericht der «Kommission Brunner» vom Februar dieses Jahres ist ein gutes Beispiel dafür: Erstens: Die Schweiz ist militärisch nicht mehr bedroht – also braucht es zusätzlich zu den bewährten militärischen «Kernkompetenzen» und «einer angepassten glaubwürdigen autonomen militärischen Verteidigung» mehr militärische «Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn» und mehr «Flieger- und Raketenabwehr, elektronische Ausrüstung und neue High-tech-Waffen». Zweitens: Zur Abwehr der aktuellen Bedrohungen sind «nicht primär militärische Mittel nötig» – also muss sich die Armee für die Bewältigung dieser Bedrohungen fit machen. Zum Beispiel mit einem «Einsatzkorps für gefährliche Aufgaben wie Unterstützung der Polizei bei Anti-Terror-Einsätzen»; mit «Spezialistenverbänden für Aufgaben, in denen Spitzentechnologie eingesetzt wird»; mit der militärischen Flüchtlings-Abwehr «in ausserordentlichen Situationen». Drittens: Milizsystem und Wehrpflicht sollen beibehalten werden, weil sie angeblich «viele Vorteile, insbesondere die Stärkung der Verbindung zwischen Volk und Armee» bieten – also schafft man für die neuen Armeeaufgaben «professionelle Verbände» und verkauft das erst noch als «eine Fortführung der bestehenden Praxis». Für die Kommission mutiert die Armee dabei erst noch zur «demokratischen Institution».

Sinn und Unsinn der Armee stehen in der aktuellen «Reformdebatte» gar nicht zur Diskussion. Die Armee soll lediglich an die veränderten Bedingungen nach dem Ende des kalten Krieges angepasst werden. Zivile Sicherheitspolitik bleibt in Bundesbern ein Fremdwort.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[Arbeitsplätze]

[Bedrohung]

[Friedensmissionen]

[Geld]

[Interventionismus]

[Katastrophenhilfe]

[Männlichkeitswahn]

[Ordnungsdienst]

[Partnerschaft]

[Reformen]

> Sicherheit <

[Wirtschaftsstandort]

Sicherheit

Trägt die Armee zu unserer Sicherheit bei?

Heute ticken eine ganze Reihe von sozialen und ökologischen Zeitbomben. In der Schweiz sind so viele Menschen arbeitslos wie nie zuvor. Die Wirtschaft steckt in einer tiefen Rezession. Die sozialen Sicherungen, welche der Schweiz während Jahrzehnten Wohlstand und Stabilität garantiert haben, sind in Gefahr. Die Frage der europäischen Integration droht das Land zu spalten. Frauen und Kinder leiden im sozialen Nahbereich häufig unter gewalttätigen Männern. Verkehr und Energieverbrauch wachsen weiter und im Gleichschritt spitzen sich die Probleme der Luftverschmutzung, der Kulturlandzerstörung und der Atommüllentsorgung zu.

Auch weltweit nehmen die sozialen Gegensätze zu. 358 Milliarden sind gemeinsam so reich wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Die entfesselten Finanzmärkte provozieren Konflikte zwischen den Nationen, die sich mehr und mehr der politischen Steuerbarkeit entziehen. Als Folge werden mehrere hundert Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Jede Woche sucht eine Million von ihnen Zuflucht in den Elendsvierteln der grossen Metropolen, die meisten in der Dritten Welt. Die Zerstörung unserer Umwelt - ein weiterer Grund für die weltweiten Fluchtbewegungen - hält an. Die Ozonschicht zerfällt und mit dem Regenwald wird die Lunge der Erde abgeholzt.

Gegen all diese Gefahren kann die Armee nicht das geringste ausrichten. Oder etwa doch? Immer mehr Politiker des reichen Nordens bringen die Herausforderungen der Zukunft auf einen einfachen Nenner: Die Gefahr heisse «Instabilität». Und die Nato-Armeen behaupten, sie würden die Probleme schon unter Kontrolle bekommen.

Dass Sicherheit nicht mehr in einem beschränkten nationalstaatlichen Rahmen diskutiert werden kann, ist schon ein Allgemeinplatz geworden. Die entscheidende Frage lautet heute: Ist «Sicherheit» eine politische oder eine militärische Herausforderung. Die Antwort der Militärs, «kollektive Sicherheit» sei eine Angelegenheit von Militärbündnissen, ist falsch. Militärische Repression wird die Ursachen von Gewalt, Unsicherheit und Unfrieden niemals beseitigen. Diese Probleme verlangen nicht nach Waffen und Disziplin, sondern nach politischer Erfindungsgabe und zivilem Engagement.

Militärische Kontrollversuche werden die Ursachen von Unsicherheit langfristig nur verstärken. Um diese Probleme anzugehen, braucht es neue politische Ansätze. Zivile Solidarität von unten und über staatliche und gesellschaftliche Grenzen hinweg leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Argumente für die Armeeabschaffung

[Übersicht]

[**Arbeitsplätze**]

[**Bedrohung**]

[**Friedensmissionen**]

[**Geld**]

[**Interventionismus**]

[**Katastrophenhilfe**]

[**Männlichkeitswahn**]

[**Ordnungsdienst**]

[**Partnerschaft**]

[**Reformen**]

[**Sicherheit**]

> Wirtschaftsstandort <

Wirtschaftsstandort

Sichert die Armee den Wirtschaftsstandort Schweiz?

Die jahrzehntelange Liaison zwischen Wirtschaft und Armee ist spröde geworden. Das ist kein Wunder, denn trotz Rezession musste die Privatwirtschaft die Landesverteidigung zwischen 1990 und 1997 mit rund 45 Milliarden Franken subventionieren. «Weitermachen» in der Armee wird zunehmend zum Hemmschuh auf der zivilen Karriereleiter. Militärische Führungsqualifikationen gelten im zivilen Management als unzeitgemäss. Dies geben auch Offiziere wie Hans Widmer, Präsident des Verwaltungsrates der Oerlikon-Bührle Holding zu: «Ich halte ganz andere Fähigkeiten für entscheidend. Diese werden im Militär nicht nur nicht geschult, positive Veranlagungen werden oft noch verschüttet.» Immer weniger Unternehmen sind bereit, ihre Führungskräfte in eine lange, kostspielige und erst noch veraltete Kadenschule zu schicken. Selbst bei Banken und Versicherungen, wo Gold am Hut früher den beruflichen Aufstieg garantierte, sieht man Mitarbeiter lieber am Arbeitsplatz als im feldgrünen Tenue: So stellt zum Beispiel Ulrich Grete, Generaldirektor der UBS (heute Mr. 2000), fest, dass der militärische Karriereweg gerade noch wohlwollend «geduldet» werde.

Die Armee schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz - diese Bilanz zieht nicht mehr nur die GSoA!

© 1998 by GSoA; Gruppe Schweiz ohne Armee
gsoa@gsoa.ch, <http://www.gsoa.ch/>